

## Letztens trafen wir ...

**Alexander Van der Bellen:** „Es werden immer mehr Menschen, die es auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer haben werden, die ein sehr hohes Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko haben werden“, stellt der Volkswirtschaftsprofessor und Parlamentarier fest.

# Die Suche nach sozialer Gerechtigkeit

**Gerhard Scholz**

**economy:** *Es gibt kein gutes politisches Kabarett mehr. Es stellt sich die Frage, ob das deswegen der Fall ist, weil sich das Kabarett ohnehin live im Parlament und in bestimmten Bereichen der Politik abspielt. Wie sehen Sie das?*

**Alexander Van der Bellen:** Ja, spontan genauso. Nicht unbedingt im Parlament, aber wenn man sich anschaut, was beispielsweise in Kärnten über die Bühne geht ... zwölf Mio. Euro für ein mündliches Gutachten, was dann auf sechs Millionen reduziert wird – und das geht einfach so durch. Feixende Landeshauptmänner und Landesräte, die sich freuen, dass Kärnten bei dem Hypo-Deal eh nicht draufgezahlt hat – nur alle anderen. Bei solchen Szenen und dergleichen mehr muss man schon sagen, dass es ein Kabarettist heutzutage schwer hat.

*Auf Youtube ist eine Parlamentsdebatte zu sehen, in der Sie Heinz-Christian Strache recht launig vorgerechnet haben, dass er die Auswirkungen seiner Vorschläge zur Steuerpolitik nicht wirklich beurteilen kann. Das war ja auch ein Renner.*

Als wir aufgehört haben zu zählen, gab es bereits mehr als 60.000 Zugriffe. Das war ja nicht geplant, das hat sich aus der Situation ergeben. Meine Fraktion hat mich als Redner zu der dringlichen Anfrage der Freiheitlichen nominiert, und bei dem Versuch, mit dem Antragsteller Strache zu diskutieren, hat sich herausgestellt, dass der keinen blassen Schimmer hat, was er da eigentlich meint. Und das habe ich dann doch mit Genuss ausgekostet.

*Was muss in den nächsten 20 bis 30 Jahren geschehen respektive sich ändern, damit wir wieder von*



**Ansichten aus dem Innenleben eines Mahnenden.** Foto: Die Grünen

*sozialer Gerechtigkeit und einem guten Leben träumen können?*

Also, zunächst einmal müssen wir auf vernünftige Weise die Bud-

getdefizite unter Kontrolle halten, damit wir nicht in die Zinsenfalle geraten. Die Griechen haben für die Staatsanleihe, die sie soeben erfolgreich abgesetzt haben, einen Coupon von 6,1 Prozent angeboten, Österreich bietet rund vier Prozent; das geht ordentlich ins Geld, wenn man das über zehn, zwölf oder 15 Jahre rechnet. Aufgrund des Mengeneffekts haben wir deshalb schon in den nächsten Jahren – bei ohnehin steigender Verschuldung – mit Zusatzkosten in Milliardenhöhe bei den Zinsausgaben des Bundes zu rechnen. Gleichzeitig existieren die alten Probleme weiter: Wir müssen mehr Geld ausgeben für die Kindergärten, für Schulen, Universitäten, den ganzen Bildungssektor.

**Können Sie die Bildungsproblematik genauer beschreiben?**

Seit Jahren, ja Jahrzehnten begleitet uns dieses Problem: Was man im Kindergarten versäumt – zum Beispiel bei Kindern mit nicht deutscher Muttersprache –, wird man in der Volksschule schwer und danach schon gar nicht nachholen können. Wir wissen, dass ein Fünftel aller Schulabgänger unzureichend lesen und schreiben kann. Das muss man sich vorstellen: Ein Fünftel eines Jahrgangs – das sind 15.000 bis 20.000 Personen. Die kommen jedes Jahr neu dazu.

**Ein kumulativer Effekt also.**

Ja, es werden immer mehr Menschen, die es auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer haben werden, die ein sehr hohes Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko haben werden. Und die mit nicht deutscher Muttersprache sind dort überrepräsentiert. Wir züchten uns hier hausgemachte Probleme heran, von denen wir wissen sollten, dass sie uns spätestens in zehn bis 20 Jahren auf den Kopf fallen werden.

**Wie soll das finanziert werden?**

Ich gehe so weit zu sagen: Okay, wenn das Geld nicht da ist, müssen wir eben ein paar Steuern erhöhen, denn da geht es um wesentliche Zukunftsaufgaben. Da geht es – bildhaft ausgedrückt – nicht um einen kleinen Wasserschaden in der Küche, sondern da leckt das Dach; und das muss repariert werden, sonst ist in ein paar Jahren das ganze Haus kaputt. Das sind also Dinge, die auf der Hand liegen und gar keine großen ideologischen Fragen sein sollten, sondern schlicht pragmatische Notwendigkeiten.

**Noch ein letzter Punkt?**

Wir brauchen eine vernünftige Einstellung zur Zuwanderung. Sozialminister Hundstorfer sagte in einer Ausschusssitzung so nebenbei, dass in Österreichs Spitälern Menschen aus 60 Nationen arbeiten. Nehmen wir das einmal zur Kenntnis, dass wir unsere Spitälern zusperrern könnten, wenn wir diese Ausländer nicht hätten. Und was täten wir in der Altenbetreuung ohne die berühmten slowakischen und ungarischen Pflegerinnen und Betreuerinnen? Länder, die sich abschotten wollen, können das machen, aber sie werden ökonomisch zurückfallen.

**Sie selbst sind ja für das Thema Zuwanderung ein gutes Beispiel.**

Ja, denn ich weiß selbst nie, wie ich mich bezeichnen soll: Menschen, die nicht österreichische Eltern haben und in Wien geboren wurden – sind das die Immigranten der zweiten Generation? Ich bin auch so ein Typ; und ich finde nicht, dass ich ein Parasit im Körper der Republik gewesen bin oder heute bin.

**Die Langversion ...**

... des Interviews finden Sie auf:

[www.economy.at](http://www.economy.at)